

Mein Abschied von den GRÜNEN

(Vor einer Wahl ohne Chancen für eine bessere Politik)

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

August 2009

Text 75.1

Ergänzung

Ich habe meinen Wahlszettel verbrannt!

Memorandum

An: Unentschiedene WählerInnen

Von: Tristan Abromeit

Datum: 21. 09. 98

Die Zukunft der Ökonomie

Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsansätze im Vergleich

Diskussionsbeiträge im Anschluß an das Referat von Sigrid Matern-Rehm

aus: Loccumer Protokolle 15/84

Tristan Abromeit, Neustadt

Tristan Abromeit,

**Ex-Mitglied der FDP
Gründungsmitglied der GRÜNEN**

**Gorch-Fock-Weg 3, 31535 Neustadt
E-Mail: Abromeit@T-online.de**



Ich habe meinen Wahlszettel verbrannt!

Memorandum

An: Unentschiedene WählerInnen
Von: Tristan Abromeit
Datum: 21. 09. 98
Betreff: Wie soll sich ein(e) unentschlossene(r) zweifelde(r) Wähler(in)
bzw. Bürger(in) in oder nach der Wahl zum Bundestag am
27. September 1998 verhalten?

> Ein Text, der über den Wahltag hinaus zielt. <

00000

Hier übernommen aus der 2. Veröffentlichung unter:
Verlogenes, Böses und Verschüttetes in der deutschen Politik - gestern und heute
im August 2002 Teil III, als Text Nr. 25.3, Seite 29 – 43
unter www.tristan-abromeit.de

Empfehlung in Kurzform:

Noch nie war die Wirkungsmöglichkeit der zweifelnden und unentschlossenen Wähler so groß wie bei dieser Bundestagswahl. Wirbelt die Parteienherrschaft durcheinander und gebt damit der Demokratie eine Entwicklungschance! Wählt nicht die FDP und nicht die Bündnisgrünen. Habt Mut zur Extremwahl. Wählt die PDS oder die Initiative Pro DM. Dies zwingt die SPD und CDU/CSU zur großen Koalition und damit zum Offenbarungseid ihre Politik, die mehr von Ideologien und getarnten Gruppeninteressen als von der auf die Ganzheit der Gesellschaft ausgerichteten Vernunft bestimmt wird. Um ihren unvermeidlichen politischen Konkurs abzuwenden, werden die „großen“ Parteien dann eine Verfassungs- und Ökonomiediskussion nicht mehr blockieren. Die Parteien, FDP und Bündnisgrüne, werden ohne Bundestagsmandate auf schmerzhaft Weise daran erinnert, wozu sie eigentlich gegründet wurden.

Die Zeitungsverlage machen zur Zeit in einer Anzeigenkampagne eine entgegengesetzte Aussage wie ich hier. Die Zeitungsverlage oder -macher beweisen m.E. damit nur, daß sie sich wie zu Zeiten der NS- und SED-Herrschaft als Diener und Teilhaber politischer Macht verstehen, die auf der Ohnmacht der Bürger, ihrer Abonnenten beruht.

Vertraut Eurer eigenen Wahrnehmung mehr als den Verlautbarungen der Presse und der Parteistrategen.

Warum habe ich meinen Wahlzettel verbrannt?

1. Die Häufung kleiner Übel ergibt ein großes Übel!

Seit ich wählen darf und bewußt wähle habe ich immer nur die Wahl des kleineren Übels gehabt. Nach Jahrzehnten als aktiver und bejahender Demokrat komme ich nicht umhin, mir einzugestehen, daß die Anhäufung des kleinen Übels im demokratischen System auch das große Übel wie in totalitären Systemen ergibt.

2. Keine Wahl von Verfassungsfeinden im Kleide des Staatsmannes!

Die Entscheidung zwischen den Verfassungs- und Demokratiefeinden Gerhard Schröder und Helmut Kohl und den sie tragenden Parteien ist keine inhaltliche Wahl. (Ich verweise insbesondere auf

den von den Parlamentsparteien ignorierten Artikel 146 des GG, aber auch auf die Art, wie die Niedersächsische Landesverfassung nach der Vereinigung von DDR und BRD den neuen Verhältnissen angepaßt wurde. Noch nie wurde den Deutschen, den Bürgern der BRD, die Ausübung des Rechtes der Verfassungsgebung ermöglicht. Weder Schröder noch Kohl haben zu erkennen gegeben, das sie ihre Rolle als Verfassungspiraten aufgeben wollen.

3. Die „Bundestagsparteien“ bieten nur Trabis mit unterschiedlichem Anstrich an

Nicht nur die SPD, sondern auch die CDU, die Bündnisgrünen und die FDP repräsentieren ein sozialdemokratisches Gesellschaftsmodell, das bisher immer wieder seine Untauglichkeit zur Verwirklichung von Freiheit, Wohlstand und Frieden demonstriert hat. Natürlich gibt es bei den Parteien Nuancen in den einzelnen Politikfeldern. Ordnungspolitisch vertreten aber alle einen willkürlichen, unsystematischen Staatsinterventionismus, der seit Jahrzehnten die zentralistischen Strukturen (mit unsystematischen und daher störenden dezentralen Einsprengseln) gefördert hat. Dies kann ein politisch Blinder wie Theodor Waigel, der im Wahlkampf von *Freiheit oder Sozialismus* redete, nicht sehen. Es ist in allen Parteien kein Bewußtsein (in mehrheitsbildender Form) davon vorhanden, daß der unsystematische Staatsinterventionismus ein ungeeignetes Instrument für die Behebung der Kapitalismusprobleme ist. Selbst die Tatsache, daß wir an allen Enden und Ecken Kapitalismusprobleme haben, wird geleugnet oder mit Begriffen wie *Wirtschaftsprobleme*, *Globalisierung* etc. versteckt. Einsichten in die ökonomischen Ursachen von Kriegen und Revolutionen, für die destruktive Macht eines Hitlers oder Stalins werden ignoriert. Das ausgehende Jahrhundert hat –zig Millionen von Menschen den vorzeitigen Tod oder den Raub ihres Lebensglücks gebracht. Dieses maßlose Opfer an Menschenglück hat die Politik nicht veranlaßt, wirklich neue Ufer zu erreichen. Es gab Ansätze - mehr nicht! Die programmatische Berufung der herrschenden Parteien auf den Begriff *Soziale Marktwirtschaft* ist daher eine Verhöhnung jener Menschen, die ihn nach dem zweiten Weltkrieg, aber vor der kapitalistischen Restauration geprägt und wirtschaftspolitisch eingeführt haben. Wir müssen schon bis ins Mittelalter zurückblicken, um eine Zeit zu entdecken, in der die Menschen nicht der Drangsal eines Privat- oder Staatskapitalismus ausgesetzt waren. Zu Zeiten des kalten Krieges wurde von der Konvergenz (der Annäherung) der Systeme gesprochen. Nach dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhanges hat die Politik und Wissenschaft es nicht fertig gebracht zu überprüfen, ob wir uns zum Schaden der Individuen und der Gesellschaft zu sehr dem real existierenden Sozialismus (der eine Verhöhnung sowohl sozialistischer wie auch liberaler Ideen war und ist) angepaßt haben.

4. Ökonomische Systemfehler werden ignoriert und Erkenntnisprozesse behindert

Sowohl die Arbeitslosigkeit, wie auch die Verarmung bei uns, der Hunger-, der Kälte- oder der Kriegstod sind keine Folge von Naturgesetzen, sondern haben wesentliche Ursachen in den Systemfehlern der Ökonomie. Da Erkenntnisprozesse nun mal mühsam und die Erkenntnisfähigkeit der Menschen in den verschiedenen Wissensbereichen unterschiedlich sind, kann weder Parteimitgliedern noch Mitgliedern des Bundestages und der Bundesregierung ein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn sie als Einzelpersonen bestimmte Erkenntnisse nicht haben oder nicht nachvollziehen können. Wenn sie aber als vereidigte Amts- und Mandatsinhaber (oder mit Staatsknete finanzierte Parteifunktionäre) verhindern, daß individuell vorhandene Erkenntnisse über die Lösung gravierender ökonomischer Störungen in einen allgemeinen, politisch wirksamen Erkenntnisprozeß einfließen und damit eine Wohlstandssteigerung der Gesellschaften verhindern, dann degradieren sie sich selbst zu Feinden der Menschheit, zu Kriminellen und werten das Parlament als Arbeitsgemeinschaft ab und provozieren Träume vom „starken Mann“.

5. Wahlmanipulation durch Abwesenheit von Chancengleichheit

Aus totalitären Staaten kennen wir Wahlmanipulationen. Wir selber unterliegen aber auch Wahlmanipulationen. Nur werden bei uns (hoffentlich !) keine Ergebniszahlen gefälscht, sondern es wird durch die Fünf-Prozent-Klausel, durch die Art der Parteienfinanzierung, durch die Wahlgesetze, durch die Art der Berichterstattung über die Parteien in den Medien und durch die Geringschätzung der kleinen Parteien in die Politikwissenschaft ein chancengleicher Wettbewerb der Parteien untereinander verhindert. So wie für ein zentralistisches Kommandoregime ein Zuteilungssystem (von Rechten, Chancen, Gütern, Gehältern usw.) eine Existenzbedingung ist, so ist für die Freiheit eben der Wettbewerb eine Existenzbedingung. Die humane, gerechte und chancengleiche Ausgestaltung des Wettbewerbes in allen gesellschaftlichen Bereichen ist die sträflich vernachlässigte Größe bei uns sowohl nach dem Zusammenbruch des Naziregimes wie auch nach der Auflösung des SED-Staates. Die „staatstragenden“ Parteien, deren Mitglieder mit Einfluß nur eine klitzekleine Minderheit aus einer klitzekleinen gesellschaftlichen Minderheit der gesamten Parteimitglieder sind, benehmen sich so, als seien sie Eigentümer des Staates und strafen mit politischer Mißachtung jene Konkurrenten, die es nicht geschafft haben, 1. die Staatskassen zur eigenen Machterhaltung und –ausweitung zu plündern und 2. Staatsämter in der Manier der Hausbesetzern zu ergattern.

6. Der moralisierende Druck auf die Nichtwähler ist kontraproduktiv

Unser Bundespräsident, Roman Herzog, hat anlässlich der Gedenkfeier zur Einberufung des Parlamentarischen Rates die Nichtwähler oder Wahlverweigerer ins „Gebet“ genommen. Andere eifern mit ihm in dieser Angelegenheit um die Wette. Der Bundespräsident muß aufpassen, daß er nicht zum Schwätzer wird. Auch Herrscher in Demokratien haben wie solche in totalitären Staaten das Bedürfnis, ihre (Un-)Taten durch das Volk legitimieren zu lassen. Wer in Demokratien nicht durch wirkliche Alternativen zur alltäglichen Politikpraxis Anreize zur Wahl bietet und statt dessen durch moralischen Druck die BürgerInnen zur Wahl bewegen will, der wandelt geistig in die Nähe von Diktatoren. In Demokratien sind die „treuen“, an Parteien gebundenen Wähler die eigentliche Gefahr weil sie jeden Schwachsinn der Parteien und ihrer VertreterInnen in Regierung und Parlament sanktionieren. Kein Mensch erwartet von Wochenmarkt- oder Kaufhausbesucher eine Kaufentscheidung, wenn er für ihn nichts Brauchbares oder nur Verdorbenes findet. Die Aufforderung an jene, doch zu wählen, die nichts Passendes im politischen Angebot finden, entwertet die Wahl jener, die sich viel Mühe mit ihrer Entscheidung machen (gemacht haben).

Bei den Nichtwählern müssen wir auch unterscheiden. Ich sehe vier Gruppen: a) jene, die vor dem Dilemma stehend, nur zwischen verschiedenen Übeln wählen zu können und ihre demokratische Würde durch die Nichtwahl wahren wollen; b) jene, die parteigebunden sind, aber ihrer Partei einmalig die Zustimmung verweigern, c) jene, die schlecht oder gut begründet gegen Wahlen und die Demokratie als Regierungsform sind, und d) vor allem jene, die nicht glauben können, durch eine Wahlbeteiligung ihre ureigenen Interessen positiv beeinflussen zu können. Es könnte doch immerhin sein, daß die Gruppe d) der Nichtwähler die Politik realistischer beurteilt als die große Zahl der aktiven und überzeugten Wähler. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, haben die Nichtwähler bisher jede Regierung (gemessen an die Gesamtwählerschaft) zu einer Minderheitenregierung gemacht. Bescheidenheit der jeweiligen Regierung wäre angesagt. Aber viel wichtiger ist, daß ein freies und demokratisches Regierungssystem dafür zu sorgen hat, daß auch die Nichtwähler ihren Einfluß auf die Gesellschaft geltend machen können. Dieses ist nur möglich in einer auf Dezentralität ausgerichteten Ordnung in der die Entscheidungsebenen näher an den Interessen der Betroffenen angesiedelt werden können. Die Tendenz ist aber trotz scheinbarer Deregulierung gegenläufig. Und die Art wie die CDU und FDP die Deregulierung betreiben, mindert sie nicht die Bürokratie, macht aber die Menschen ausbeutungsreifer und gängelungsfähiger.

7. Die Wahlprogramme kaschieren das nackte Machtstreben

Die programmatischen Aussagen der Parteien dienen weniger dazu, Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu offerieren, als vielmehr dazu, das nackte Streben nach Macht zu kaschieren. Die Selektion der Abgeordneten über die Parteien, auf die der Wähler erst im zweiten Schritt einen gewissen Einfluß hat, spült in erster Linie machtorientierte Mitglieder nach oben, weniger doch sehr problemlösungsorientierte. Zudem sind Parteien - besonders „Volksparteien“ - Apparate zur Produktion von Lügen, weil sie Wählern und Mitgliedern mit entgegengesetzten Interessen gleichzeitig unvereinbares versprechen müssen.

Im Internet (<http://www.wahlkampf98.de/fun/Phrasendrescher/>) wird der Phrasendrescher angeboten, mit ihm kann man beliebige Aussagen einer Partei mit Aussagen anderer Parteien kombinieren und somit neue Parteiprogramme kreieren.

8. Extremparteien repräsentieren Teile der Gesellschaft, die die gleichen Rechte haben.

Zu einer Gesellschaft als ganzer gehören Dumme und Kluge, Faule und Fleißige, Gesetzestreue und Gesetzesbrecher, Menschen mit einer körperlichen Normalausstattung und Behinderte, aber eben auch Mitglieder linker und rechter Parteien. Außerdem: Wenn es keine politischen Extreme auf der linken und rechten Seite gäbe, könnte sich keine Partei in der Mitte einordnen. Soviel mehr diese Tatsache hingenommen wird und der Umgangston der „staatstragenden“ Parteien der Mitte gegenüber den Extremparteien respektvoll und versöhnlich ist, soviel weniger haben die linken und rechten Parteien und Gruppierungen einen Grund, sich häßlich zu gebärden. Wir dürfen einfach nicht übersehen, daß Form und Inhalt der Aktionen der Extremisten eine Reaktion auf die Form und den Inhalt der Aktionen der politischen Mitte sind. Zur Freiheit und Demokratie gehört auch das Recht, für deren Abschaffung zu werben. Das Vorhandensein von Feinden der Freiheit ist der notwendige Stachel, der die Demokraten am Einschlafen hindert. Die Gefahr für die Freiheit kommt aber immer wieder aus der Mittelmäßigkeit der politischen Mitte, die nicht mehr in der Lage ist, sachgerechte und auf Freiheit und Geschwisterlichkeit ausgerichtete Problemlösungen zu formulieren und durchzusetzen. Gerade in einer solchen Situation sind die extremen politischen Positionen mit ihren Teilwahrheiten in den Parlamenten erforderlich. Wer linke und rechte Positionen und mittige von kleinen Gruppen außerhalb der Parlamente nicht durch bessere Argumente, sondern mit rechtlich abgesicherten Tricks aus dem Bundestag halten will, schadet der Idee der Demokratie, die ohnehin viel an Glaubwürdigkeit verloren hat. Die Liste des Bundeswahlleiters weist 95 Parteien oder parteiähn-

liche Gebilde aus. Nicht alle werden überhaupt und auch nicht überall zur Wahl antreten. Aber warum haben nur die „staatstragenden“ Parteien ein Abonnement auf Darstellung in den Massenmedien. Die Grünen, einstmals gegründet, um die Parteienherrschaft, das Parteienkartell zu sprengen, fanden erst ausführlich Raum in der Darstellung der Medien, als sie sich selbst als Teil der Parteienherrschaft zu entwickeln begannen. Die Verwaltung der Stadt Neustadt rätselt über die stark steigende Zahl der Briefwähler und vermutet die Faulheit der Wähler als Ursache. Ich vermute dagegen, daß die Briefwähler die einzige Chance nutzen, um mit Muße die ganze Palette der Kandidaten und Parteien schon vor der Wahl und vor dem Wahllokal kennen zulernen

9. Durch eine Extremwahl können die politischen Karten neu gemischt werden

Die Wahlmüdigkeit vieler Bürger scheint mir eine Folge der Resignation zu sein. Resignation darüber, daß sie mit ihrer Stimme doch keinen wesentlichen Wandel bewirken. Ein Wechsel von Kohl zu Schröder, von der CDU zur SPD, wird von vielen nicht als wesentlich verstanden. Außerdem vermitteln Medien, Wahlforscher und Politikwissenschaftler die Unbeweglichkeit der Politik als etwas Naturgesetzliches. Aber diesmal könnten relativ wenig flexible Wähler den unbeweglichen, den ängstlich an Gewohnheiten festhaltenden Wählern den Rang ablaufen. Es gehört nicht viel dazu, den (mir persönlich durch Mitgliedschaft am nächsten stehenden) Parteien, FDP und Bündnisgrünen ,die Tour zu vermasseln, indem die unentschlossenen Wähler den Mut für eine Extremwahl aufbringen und die PDS auf der linken oder die Pro DM auf der rechten Seite wählen. SPD und CDU haben zu viele Stammwähler, um sie abwählen zu können. Bei den Bündnisgrünen (die eine rechtlich selbständige Abteilung der SPD geworden sind - die Äußerungen von Otto Schily zur Vereinigung der beiden Parteien sind inhaltlich richtig, höchsten strategisch falsch. - siehe HAZ vom 10. 9 98) und bei der FDP (der der analytische Verstand für notwendige Grundlage einer freien Gesellschaft fehlt) ist die Abwahl möglich. Ein neuer Bundestag ohne FDP und Bündnisgrüne, aber mit konkurrierenden linken und rechten Positionen: Es gäbe eine Situation, die die CDU und SPD zu einer großen Koalition und in Folge zum Offenbarungseid zwingt, weil beide Parteien mit verbrauchten Ideen angetreten sind. Um ihren politischen Bankrott abzuwenden, müßten sie ihre Blockade gegen eine offene Verfassungsdiskussion und eine Verfassungsgebung durch das Volk, auch gegen eine menschen- und umweltfreundliche Ökonomie aufgeben. Wir könnten hoffnungsvoller in das nächste Jahrhundert schauen.

10. Mitgliederhoffnungen und Parteienwirkungen

Georg Otto, mein politischer Freund, der vor 21 Jahren noch als SPD-Mitglied den Aufruf zur Gründung einer grünen Partei formulierte und mit der Aktion *AKW-Gegner in den Landtag* und der Erringung eines Kreistagsmandates in Hildesheim die Gründung der *GRÜNEN LISTE UMWELTSCHUTZ* erst in Niedersachsen und dann bundesweit auslöste, sammelt vermutlich bis zur letzten Stunde vor dem Wahltag Stimmen für die Bündnisgrünen, weil er die Hoffnung hat, diese Partei könne den Wandel von grün über rot zur USPD rückgängig machen und damit für das eintreten, für das sie gegründet wurde. Ich glaube, ein positiver Wandel der Grünen ist nur zu erreichen, wenn diese Partei ordentlich einen auf die Mütze erhält. Es genügt eben nicht, wenn sie einen begnadeten Redner mit Unterhaltungswert wie Joschka Fischer hat (diese Attribute werden auch dem Unterdrücker und Mörder Adolf Hitler von Zeitzeugen attestiert), und es genügt auch nicht, daß ein Jürgen Trittin die Linken in der Partei zusammenhält (diese Fähigkeit soll auch Lenin bei mörderischer Gesinnung gehabt haben). Die Parole der Partei: **nicht links, nicht rechts, sondern vorn** scheint mir unwiderruflich verloren gegangen zu sein. (Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich könnte mir sowohl Fischer wie auch Trittin ebenso Schröder oder Kohl als persönliche Freunde vorstellen. Meine Auslassungen sind nur minimal Ausdruck von Abneigungen gegen Personen oder von persönlichen Enttäuschungen.) Die Politik ist manchmal schon kompliziert. Als Gründungsmitglied der Grünen werbe ich dafür, die Grünen nicht zu wählen, nämlich weil ich mir selber treu bleiben will und weil die Gründungsziele dieser Partei durch ihre heutige Erscheinungsform gefährdet sind. Ich war auch schon in der Situation, daß ich für die FDP Plakate geklebt habe, aber in der Wahl dann der Grünen Liste Umweltschutz meine Stimme gegeben habe. 1967 habe ich die Gründung des Versuchsballons der Liberal-Sozialen Partei initiiert. Seitdem habe ich wie viele andere Mitglieder in anderen Parteien viel Zeit, Kraft und Geld investiert. Mein Urteil heute: Die Parteien gefährden die Demokratie, sie sind Maschinen die einige Mitglieder in wohldotierte Ämter katapultieren aber in der Hauptsache den Idealismus ihrer Mitglieder ausbeuten, sich grundgesetzwidrig wie Gesetzgeber gebärden, teuer in der Unterhaltung sind und wenig leisten. Die innerparteiliche Demokratie ist eine Illusion. Die Demokratie ist aberentwicklungsfähig. Die politische Partei ist ein Instrument, das seine Untauglichkeit bewiesen hat. Wir müssen den Wettbewerb der politischen Ideen und die Selektion der Mandatsträger anders und besser gestalten. Viele Mitglieder vieler Parteien fühlen das bestimmt ebenso; sie können es sich aber nicht eingestehen, weil es einen Verlust an politischer Geborgenheit bedeutet würde oder weil sie sich den Zustand ohne den Parteien nicht vorstellen können. Machen wir uns die Distanz der Verfassung der USA zu den Parteien zu Nutze. Entwickeln wir etwas Neues. Es gibt gute Gründe, nicht zur Wahl zu gehen. Es gibt bessere Gründe, zur Wahl zu gehen, als

Herzog, Kohl, Schröder und die Zeitungsverleger sie angeben. Seid nachsichtig gegenüber Wahlwerbern, denn sie glauben, etwas Gutes zu leisten, sie haben sich als Parteimitglied mit inneren und äußeren Widersprüchen und Widrigkeiten abgeplagt und auf manches Vergnügen verzichtet, das sich Nicht-Parteimitglieder leisten konnten.

11. Verbrennen des Wahlzettels als Protest

Ich selber habe mich aus dem Wahlkampf heraus gehalten, um mich nicht selber belügen zu müssen. Ich bin aber emotional den Grünen zu sehr verbunden, als daß ich die PDS oder die Pro DM wählen könnte. Andererseits bin ich ein zu kritisch-kämpferischer Demokrat, um bei dieser Wahl nur zu Hause zu bleiben. Die öffentliche Verbrennung meines Wahlzettels erschien mir als ein geeigneter Protest. Wobei ich die Flamme als eine Flamme der Läuterung verstehe. Vielleicht nimmt es niemand wahr. Sicher ist es als ein Einzelakt nur ein wirkungsloses Strohfeuer. Wir wissen aber, daß Stroh gebündelt abgebrannt, enorme Energien freisetzen kann. Oder mit einem anderen Bild gesprochen. Der brennende Wahlzettel könnte ein Fidibus in einem dunklen gefährlichen Labyrinth sein, der für einen Augenblick den Ausgang sichtbar macht.

12. Die Großorganisationen sind keine Hilfe bei der Wahlentscheidung

Was mich besonders bedrückt, ist die Tatsache, daß die Bürger auch durch die Großorganisationen wie Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände keine brauchbaren Entscheidungshilfen (ich meine eben nicht desorientierende Wahlempfehlungen) erhalten. Dies liegt sicher daran, daß die Orientierungslosigkeit in der Politik parteiübergreifend ist und daß alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen in die Parteienherrschaft verstrickt sind und aus Angst vor einem Privilegien- oder Einflußverlust keine offene Diskussion nicht.

12.1 Die Kirchen

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, und der Vorsitzende der EKD, Präses Manfred Koch, befürchteten Anfang des Jahres zu Recht einen inhaltlosen Wahlkampf. Lehmann und Koch hätten dieses aber verhindern können. Ihre Kirchen wären bestimmt voll gewesen, wenn die bedrückenden Fragen unserer Gesellschaft, ja der Menschheit, dort verhandelt würden. Die Bibel enthält von der Vernunft (eine Gabe Gottes) überprüfbare Weisheiten zur Ökonomie und nicht nur vernunftwidrige Glaubensbilder, welche gestern vielleicht ewige Frage

nach dem Woher und Wohin befriedigen konnten, aber heute den Charakter eines Aberglaubens vorchristlicher religiöser Deutungen haben. Was Einsehbar ist, das soll nicht mehr gelten. Was von der Vernunft nicht einsehbar ist, soll Gültigkeit haben. So ist es kein Wunder, daß die permanente psychotherapeutische Wirkung der Religion verloren gegangen ist und die Theologen leeren Stühlen predigen. Die Kirchen sind aber auch nicht mehr das Opium für das Volk. Kirchen- und Politikfunktionäre verhandeln aber so miteinander, als würden die Kirchen noch das Opium produzieren und verabreichen. Die Wahrhaftigkeit ist den Kirchen wie den Parteien abhanden gekommen. In anderen Religionen und anderen Ländern dient die religiöse Tradition, der religiöse Rahmen dazu, eine Opposition gegen eine aus dem Westen kommende lebensfeindliche Struktur zu formulieren. (War es in der DDR nicht ähnlich?) Die offensichtlich als notwendig empfundene Radikalisierung ist aber kein Fortschritt, sondern eine Regression, weil sie eine geistige Fortentwicklung, die schon mit der Geburt einer Religion einsetzt, rückgängig machen will. Wir erfahren es aus den Medien oder durch eigene Anschauung: Die Ergebnisse sind unbefriedigend bis grausam. Wir können uns nicht damit trösten, daß das bei uns gottlob nicht so ist. Das Radikalisierungspotential und der Fanatismus ist auch in den Kirchen angelegt. Die Geschichte lehrt es. Der analytische Verstand kann - weil er begrenzt ist - nie den Glauben ersetzen. Aber wo die Analyse gesellschaftlicher Prozesse durchdringen und die Entstehung und Funktion gesellschaftlicher Normen erklären kann, da müssen auch die Kirchen die Analyse einsetzen und Mut entwickeln, um kirchliche und gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu benennen - sei es um den Preis des Unterganges der Kirchen. Die Lebensdauer einer Religionsgemeinschaft entspricht zeitlich nur dem Wimpernschlag Gottes.

12.2 die Gewerkschaften

Waren oder sind die Gewerkschaften eine Orientierungshilfe in der Wahl? DGB-Chef Dieter Schulte wirbt für einen Politikwechsel. So steht es sinngemäß unter einem Bild, das die HAZ in der Ausgabe vom 7. 9. 98 veröffentlichte. Schulte wird mit einem Plakat im Hintergrund gezeigt, auf dem zu lesen ist: „Deine Stimme für einen neues Bündnis für Arbeit“. Im Text selbst heißt es: „In diesem Bundestagswahlkampf wartet der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit einer Premiere auf. Noch nie zuvor hat er sich so intensiv in das Ringen um die Macht in Bonn eingeschaltet. Die Dachorganisation, die zwölf Einzelgewerkschaften mit 8,5 Millionen Mitgliedern umfaßt, läßt acht Millionen Mark springen. ...“ Ich halte die ganze Sache für einen blinden Aktionismus, der davon ablenken soll, daß die Gewerkschaften in ihrer jetzigen Verfassung Teil des Modells Sozialdemokratismus - eines gesellschaftlichen Trabis - sind und eigentlich nichts zu sagen haben und daß von dem indirekt von ihnen favorisierten Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder eben nicht viel anderes

zu erwarten ist als von Helmut Kohl. (Das ist keine Ab- sondern eine Bewertung!) Weder die SPD (in der sehr enge politische Freunde von mir Mitglied waren oder sind) noch ihr Kanzlerkandidat Schröder, der löblicher Weise nicht leugnet, was er als JUSO-Mitglied gedacht hat, haben Ideen entwickelt, wie wir zu einer wirklichen sozialen Marktwirtschaft mit Vollbeschäftigung kommen können. Schröder hat gelernt, was der Kapitalismus erfordert. Das weiß aber auch Kohl, sonst wäre er nicht so lange Kanzler (gewesen ?). Wenn Schröder sich keine Illusionen macht, dann wird er sich damit abgefunden haben, daß er unter den gegebenen Umständen eben nur den Vorstandsvorsitzenden des Reparaturbetriebes für Kapitalismus spielen kann, die Interessen der Arbeitnehmer müssen dabei zweit- oder dritrangig sein. „Bündnis für Arbeit“ ist ein eingängiger Spruch - mehr nicht. Der Abbau der Arbeitslosigkeit oder die Vollbeschäftigung hängt nicht davon ab, ob Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Vertreter der Bundesregierung miteinander sprechen oder gemeinsam Versprechungen machen, sondern von der Überwindung von Strukturfehlern in der Ökonomie, die ein biblisches Alter haben. Das Fatale an der Geschichte ist, daß ein wesentlicher Strukturfehler mit der Einführung des Euros in der jetzigen Form, festgeschrieben wird.

12.3 Die Unternehmer und ihre Verbände

Die Unternehmer und ihre Verbände, waren oder sind sie mit ihren Äußerungen eine Entscheidungshilfe? Die selbständigen und angestellten Unternehmer in den kleinen und mittleren Unternehmen sind viel zu sehr mit dem Existenzkampf der Unternehmen beschäftigt, als daß sie Zeit für Überlegungen zur Marktwirtschaft und Demokratie hätten. Sie sind in der Regel froh, wenn die von der Politik verursachten Belastungen sie nicht erdrücken. Ich halte sie weder für gute Ratgeber in Sachen Wahlen, noch für Garanten der Demokratie. Ich schätze, daß die Mehrheit die Politik Politik sein läßt, so lange ihr persönlicher Freiheitsraum nicht zu arg beschnitten wird. Die meisten Unternehmer haben ihre Rolle ja nicht inne als das Ergebnis eines Bildungsprozesses ,der zur Selbständigkeit hin führt, sondern aus Familientradition oder aus wirtschaftlicher Not. Und für Manager wie den Daimler-Chef Jürgen Schrempp steht vor allen Fragen der Demokratie, der Wohlfahrt der Menschen die Frage, ob die erzielte Rendite den Aktionären hoch genug ist. Bildet ein Manager eine andere Rangfolge, ist er die längste Zeit Manager gewesen. Fragen der Ethik sind dann von Bedeutung, wenn sie die Rendite steigern. (Auch in dieser Formulierung steckt keine Polemik.) Da wird eine Fusion wie die von Daimler und Chrysler in den Medien als Fortschritt hingestellt, wo sie doch in Wirklichkeit eine Sabotage des marktwirtschaftlichen Wettbewerbes ist. Es ist das Gesetz des Kapitalismus, das sich in den zu beobachtenden Konzentrationsprozessen ausdrückt.

Neulich war zu lesen, daß die Wirtschaftsverbände und der Bundeswirtschaftsminister eine Stiftung zur Förderung des Verständnisses von Schülern für Belange der Wirtschaft gegründet haben. Am 15. 9. 98 war in der HAZ zu lesen, daß nach Ansicht des Bundesforschungsministers Jürgen Rüttgers Deutschland 500 000 neue Firmen braucht. Übersehen wird von der Politik und von den Verbänden, daß in unserer Gesellschaft die Unselbständigkeit und Unmündigkeit vorprogrammiert sind. Besonders im Bildungsbereich und im Sozialen Netz als Teil der Arbeitnehmerökonomie kommt das zum Tragen. Wo Kinder ihre Eltern noch als Selbständige erleben können, wird das eher als Bedrohung und als Entzug von Zuwendung empfunden und nicht als Lebensbereicherung. Die Gewerkschaften benötigen für ihr Selbstverständnis und ihre Existenz ohnmächtige Abhängige. Die Sozialpolitik benötigt hilfsbedürftige Bürger. Die Bildungspolitik braucht unmündige Eltern, die nicht wissen, was für ihre Kinder gut ist. Und die Arbeitgeber benötigen eben Arbeitnehmer nicht als gleichwertige Partner, sondern als willige Erfüllungsgehilfen, die gut für die Unternehmen, aber nicht für sich rechnen und bescheiden für das Plus der Investoren ihre Ansprüche zurückschrauben können. Ja, und die deutsche Rechtschreibung sollen sie besser beherrschen können als ihre Brötchengeber.

~~1986~~ 1984 habe ich ein Angebot der beruflichen Bildung für Arbeitslose mit dem Titel *Trainieren und Starten* formuliert. Es sollte Arbeitslosen den Weg in die Selbständigkeit ermöglichen. Ich bin damals von allen angesprochenen Vertretern öffentlicher Institutionen abgeblockt worden. Inzwischen hat sich das Szenario gewandelt. Man darf aber nicht die Schwierigkeiten auf dem Weg in die Selbständigkeit unterschätzen, die immer noch aus einer falschen Konditionierung der Menschen und aus einer fatalen Wirtschaftspolitik herrühren. Wen kann es eigentlich wundern, wenn dem abhängigen aber sicheren Arbeitsplatz in der Verwaltung der Vorrang vor einer unsicheren abreibenden Selbständigkeit gegeben wird?

Von den Verbandsfunktionären der Wirtschaft kommt keine zufriedenstellende Erklärung für die Pleitewelle der Unternehmen. Die HAZ meldet für das 1. Halbjahr 1998 17075 Insolvenzen in der BRD. Es wird immer so getan, als ob hinter jedem Konkurs eine unfähige Unternehmensleitung stünde. Der Hauptverursacher, die reale Wirtschaftspolitik - vertreten von der CDU/FDP-Koalition - wird nicht benannt. Wenn sich in einer solchen Situation die Verbandssprecher und -funktionäre erdreisten, indirekte Wahlempfehlungen für die regierende Koalition abzugeben, dann entspricht das Urteil „Die haben nicht alle Tassen im Schrank!“ einer gesunden Empfindung. „Von 1990 bis 1996 hätten 2 Millionen Menschen eine eigenen Firma gegründet. Allerdings hätten gleichzeitig auch 1,6 Millionen - ... - ihre Selbständigkeit wieder aufgegeben.“ .. war am 17. 9. 98 in der HAZ zu lesen.

1,6 Millionen Enttäuschte, Frustrierte, die zum Teil die Zahl der Schuldklaven vermehrt haben, sind zu viel für eine positive Einschätzung von Marktwirtschaft und Demokratie. Solange der Begriff Marktwirtschaft von den Unternehmerverbänden als Schutzschild vor dem real existierenden, die Marktwirtschaft zersetzenden Kapitalismus gehalten wird, solange sie nicht selbst schlüssige Konzepte dafür erarbeiten, wie aus unserer Privilegienwirtschaft mit hohem zentralverwaltungswirtschaftlichen Anteil eine wahre dezentrale Volkswirtschaft - eine Wirtschaft für das Volk- wird, solange sind Unternehmer und ihre Verbandssprecher keine brauchbaren Berater in Sachen Wahlentscheidung.

13. Nietzsches Bedingungen für eine Demokratie und Brands Forderung nach mehr Demokratie

Ich füge zum Schluß einen Text von Friedrich Nietzsche aus *Menschlich, Allzumenschliches* ein. Ich fand ihn in dem Vierteljahresheft Nr. 348 „Das Gespräch aus der Ferne“ (www.gadf.de) :

„Die Demokratie will möglichst Vielen U n a b h ä n g i g k e i t schaffen und verbürgen, Unabhängigkeit der Meinungen, der Lebensart und des Erwerbs. Dazu hat sie nöthig, sowohl den Besitzlosen als als den eigentlich Reichen das politische Stimmrecht abzusprechen: als den zwei unerlaubten Menschenklassen, an deren Beseitigung sie stätig arbeiten muss, weil Diese ihre Aufgabe immer wieder in Frage stellen. Ebenso muss sie Alles verhindern, was auf die Organisation von Parteien abzuzielen scheint. Denn die drei grossen Feinde der Unabhängigkeit in jenem dreifachen Sinne sind die Habenichtse, die Reichen und die Parteien. - Ich rede von der Demokratie als von etwas Kommendem. Das was schon jetzt so heisst, unterscheidet sich von den älteren Regierungsformen allein dadurch, dass es mit n e u e n P f e r d e n fährt: die Strassen sind noch die alten, und die Räder sind auch noch die alten. - Ist die Gefahr bei d i e s e n Fuhrwerken des Völkerwohles wirklich geringer geworden?“

„Laßt uns mehr Demokratie wagen!“ hat Willy Brandt zu Beginn seiner Kanzlerschaft einmal ausgerufen. Ein berechtigter Wunsch, eine Hoffnung eine gute Aufforderung, die auch tragischerweise an seinem traditionellem, sozialdemokratischen Denken gescheitert ist. Die Aufforderung hat aber immer noch Gültigkeit, wenn sie nicht als das Mehrheitsdiktat der Unbetroffenen, sondern als das Mitwirkungsrecht der Betroffenen verstanden wird. Aber wenn ich den obigen Text von Nietzsche richtig lese, dann steht vor der Realisierung von *mehr Demokratie* auch die Überwindung der ökonomischen Ungleichgewichte in Bezug auf Einkommen und Vermögen. Dieses setzt eben nicht

voraus, daß versucht wird, die Ungleichheit in der Leistungsfähigkeit und ihre unterschiedliche Entlohnung aufzuheben, sondern die Einkommensströme, die auf Nichtleistung beruhen auszutrocknen. Und vor der Realisierung von *mehr Demokratie* müssen die Machtballungen in Politik und Wirtschaft aufgelöst werden. Aber „grün ist der Wechsel“, der nicht eingelöst wird, weil er eben auch auf den Staatsintervenismus und nicht auf die Überwindung ökonomischer Strukturfehler geschrieben wurde. Es ist ein Wechsel, der nicht das erreichen kann, was Nietzsche als Voraussetzung der Demokratie beschrieben hat.

14. **Schlußbemerkungen**

Der Text ist zu lang geworden. Das Thema aber noch lange nicht ausgeschöpft. Erreicht er seine Adressaten? In den Medien kommt es - nach Bekundungen von Medienmachern - nicht so sehr darauf an, was gesagt wird, als viel mehr darauf, wer was sagt - und sei es der größte Unsinn. Es kommt noch eine Eigenschaft von Kindern hinzu, die die Nachrichtenvermittler und die Konsumenten von Nachrichten offensichtlich nicht abgelegt haben: Kinder hören gerne immer wieder die gleichen Geschichten in denen ihnen vertraute Personen vorkommen. Nachrichten aus der Politik sind zu 90% die Kindergeschichten für Erwachsene. Es macht die Sachen für den Journalismus auch bequem: Man kennt die Gesichter, die Namen, die Denkgewohnheiten, die Quellen, man spart sich mühevolleres Erkennen und Beschreiben. Man kann mit Ikonen arbeiten. Alle Beteiligten fühlen sich gut bedient und haben nur wenig von dem mitbekommen, was ihren eingefahrenen Gedankengängen stören könnte. Auch würden sicher 9 von 10 Befragten einem Text wie dem vorliegenden keine Wirkung zu sprechen. Ich selber habe auch meine Zweifel dran. Wenn ich auf den „Dennoch-Schalter“ gedrückt habe und mich geäußert habe, dann, weil mich der Vorwurf: „Auch Du hast geschwiegen!“ nicht treffen soll. Zu schelten bin ich dafür, daß ich ihn nicht schon am Beginn dieses Jahres formuliert habe.

Die Erde dreht sich weiter, egal wie die Wahl ausgeht, Wähler, Wahlhelfer und Kandidaten werden sich auf die neue Situation einstellen.

Ich beabsichtige am Wahlsonntag nach Bremen zu fahren um für den Volksentscheid „Mehr Demokratie in Bremen“ stimmen zu sammeln. T.A.

oooooooo

Grundgesetz Art. 146: Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Kommentar: Die freie Entscheidung des Volkes verhindern die staatstragenden Parteien, die Kanzlerkandidaten Schröder und Kohl.

Art. 21 Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. ...

Kommentar: Es steht dort nicht: Daß 4 oder 5 Parteien von rund 100 einen Monopol auf die Willensbildung, die sich im Bundestag konkretisiert, haben. Es ist von Mitwirkung die Rede und nicht vom Monopol, das faktisch besteht. Wo bleiben andere Formen der Mitwirkung, z.B. Abstimmungen (Art. 20/ 2)? T.A.

OOOOOOOOOO

Die Zukunft der Ökonomie

Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsansätze im Vergleich
Diskussionsbeiträge im Anschluss an das Referat von Sigrid Matern-Rehm

aus: Loccumer Protokolle 15/84

Tristan A b r o m e i t , Neustadt

Im Programmkommentar von Dr. Jan Jarre heißt es u.a.: „Die Auswahl der hier vorgestellten Forschungsrichtungen erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit.“

Er gibt dann der Hoffnung Ausdruck, daß andere theoretische Positionen, die dieses Mal nicht in Form eines eigenständigen Referates zum Zuge kommen, durch Befragen und Kommentieren der Referenten seitens der Tagungsteilnehmer eingebracht werden.

Dieser Aufforderung sind mehrere Vertreter der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule - die, soweit mir bekannt, an keiner Hochschule gelehrt wird, aber trotzdem lebendig und aussagekräftig ist - nachgekommen.

Nun ist es unmöglich, in kurzen Diskussionsbeiträgen in einer mit Referaten gefüllten Wochenendtagung eine konkurrierende Idee, eine opponierende Schule, vorzustellen. Ich für meine Person habe dies auch nicht versucht, sondern nur den Mit-Teilnehmern gesagt, auf welcher Grundloge ich meine Beiträge leiste.

Das Thema der Tagung „Die Zukunft der Ökonomie“ drückt ja indirekt eine Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Ökonomietheorie und -praxis aus. Da ich davon überzeugt bin, daß zwischen der ökonomischen Theorie und den realen ökonomischen Zuständen und Erscheinungen ein Zusammenhang besteht, zielten meine Fragen und Hinweise darauf hin, herauszufinden, wo die Ursachen

für die geringe Leistungsfähigkeit der theoretischen Ökonomie vermutet werden, ob den einflußreichen Ökonomen bewußt ist, welche Wirkungen ihre Lehren und politischen Empfehlungen haben und ich habe indirekt gefragt, ob die Ökonomen eine neue Ethik brauchen.

Um die mangelnde Leistungsfähigkeit der Wirtschaftswissenschaft zu verdeutlichen und herauszufinden, wie die künftige Leistungsfähigkeit der Wirtschaftswissenschaften durch die Ökonomen eingeschätzt wird, habe ich die Mondlandung als Leistung der Natur- und Ingenieurwissenschaft hingestellt und die Auflösung des magischen Drei-, Vier- oder Fünfeckes als eine entsprechende Leistung der Ökonomen. Dieses Beispiel wurde immer wieder aufgegriffen, aber kein Referent oder Diskutant mochte bekennen, daß den Ökonomen die Mondlandung möglich wäre. Dabei mußte eigentlich klar sein, da ich auf der Basis einer genannten Schule argumentierte, daß ich die Mondlandung der Ökonomen für möglich halte. Und für Ökonomen, die noch ein Gespür für ihre Verantwortlichkeit oder für jene, die noch einen Funken von Forschergeist in sich haben, gilt es herauszufinden, ob hinter einer solchen Einschätzung verwertbare Erkenntnisse oder prahlerische Anmaßung steht.

In der Podiumsdiskussion wies Prof. Rudolf Hickel nicht ohne Stolz in der Stimme darauf hin, daß die Alternativgutachter auch ohne gesetzgeberische Weihen und staatlicher Finanzierung gute Arbeit leisten. Prof. Ernst Helmstädter (Mitglied des Sachverständigenrates) konterte mit dem Hinweis, daß die Alternativgutachter ja auch Beamte seien und den Hochschulapparat zur Verfügung hätten. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Vertreter der Freiwirtschaftsschule ihre Arbeit völlig ohne öffentliche Mittel und oft im Widerstand gegen den offiziellen Wissenschaftsbetrieb geleistet haben und als Dank Spott und Hohn geerntet haben.

Prof. Kurt Rothschild wies zwar darauf hin, daß etablierte Ökonomen auch um die Anerkennung ihrer Erkenntnisse und Lehren kämpfen müßten, gestand aber zu, daß die Freiwirtschaftsschule unter erheblich schwierigeren Bedingungen arbeiten müßte.

Mit diesen Aussagen von Betroffenen wurde m.E. auf eine wichtige Ursache für mangelnde Effizienz der Ökonomen hingewiesen. Freiheitlich orientierte Ökonomen weisen doch immer wieder auf den Wettbewerb als Stimulansmittel von Leistung hin. Definitionsmerkmale von Wettbewerb sind aber die Freiwilligkeit der Teilnahme, die Chancengleichheit und die Fremdbeurteilung der erbrachten Leistung. Ich denke, daß es in diesem Punkt viel zu analysieren und in bezug auf die Verfassung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften viel zu reformieren gibt.

So wie es sich mit vollem Bauch gut über den Hunger diskutieren läßt, so lassen sich auch leicht aus Professoren-Wohlhabenheit heraus wirtschaftspolitische Maßnahmen empfehlen, die zu Lasten anderer gehen. Im Rausch der großen Zahl und bei der Griffigkeit oder verhüllender Abstraktheit wirtschaftspolitischer Empfehlungen wird häufig vergessen, daß jeder Prozentpunkt bei den Zinsen, Steuern, den Zwangsversicherungen und der Inflation nach oben oder unten die materielle Basis der einzelnen Menschen berührt wird. Die Vorgänge in diesen Bereichen haben oft den Charakter von Diebstahl, Raub und Entmündigung.

Helmut Creutz hat dieses mit eindrucksvollen Tabellen in der Arbeitsgruppe belegt. Und ich habe an Helmstädter gewandt gesagt: Wenn die Zinsen für die Eigenheimfinanzierung die Höhe der Arbeitslosenhilfe erreichen und man keine Möglichkeit hat, sich über die Runden zu mogeln, dann bleibt einem nur der Strick oder der Weg in den Terrorismus, denn nicht einmal verkaufen können die Betroffenen in der jetzigen Wirtschaftslage ihre Häuser. Ich habe in diesem Zusammenhang gesagt, daß es für mich keine Erleichterung wäre, daß ich die Zinsen an die BFG zahlen müßte. Dies sollte kein Seitenhieb auf Gewerkschaften und ihre Unternehmen sein, sondern signalisieren, daß ich Problemlösungsansätze gemeinwirtschaftlicher oder genossenschaftlicher Art in bezug auf den Zins nicht sehe. Und die Verstaatlichung oder Kommunalisierung des Bankensystemes bringt auch nichts als weitere Probleme.

Um zu verdeutlichen, daß ich nicht einseitig Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberinteressen vertrete, habe ich an einer Stelle gesagt, daß ich als jetziger Erwerbsloser ein potentieller Arbeitnehmer oder Unternehmer sei. Daß dieses nicht Rollenfixiertsein Verwunderung auslöste, ist nicht mehr verwunderlich wenn man die Unklarheiten im Gebrauch der Begriffe von Kapital und Arbeit, von Arbeitnehmer und Unternehmer berücksichtigt. Es löst bei Funktionären der Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerorganisationen existenzielle Ängste aus, wenn sie sich Arbeitnehmer und Unternehmer als nicht rollenfixiert vorstellen sollen, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit in einer als frei gedachten Gesellschaft wäre.

Weil in der Regel weder die marxistischen noch die bürgerlichen Ökonomen eine realitätsnahe Kapitalismusanalyse haben, können sie auch nicht sehen, daß Arbeitnehmer und Unternehmer meistens (vom funktionslosen Investor) ausgebeutete Ausbeuter sind. Ausbeuter sind sie insofern, weil für ihr Kapital beide Gruppen eine Rendite verlangen. Und in bezug auf Ausbeutung besteht zwischen einem Sparbuch von DM 5000 und einer Produktionsanlage von 50 000 nur ein quantitativer

und kein qualitativer Unterschied. Der Zins, die Rendite oder Kapitalertrag geht in jedem Fall zu Lasten des Arbeitsertrages. Da aber trotz gegenteiliger Behauptungen nur der Mensch im ökonomischen Sinn arbeitet, liegt hier eine Ursache für soziale Unruhen. Die kleinen Kapitalisten arbeiten gegen die eigenen Interessen, wenn sie das Zinssystem stützen, da sie in allen Preisen Zintribut an andere Kapitalisten leisten. Helmut Creutz hat errechnet, daß ein Haushalt etwa über das Vier- bis Fünffache seiner jährlichen Ausgaben als zinsbringendes Kapital verfügen muß, wenn er nicht mehr zu den Verlierern dieses bösen Renditespiels gehören will, das auch eine der Ursachen für die ökologischen Fehlentwicklungen ist. Alle diejenigen, deren Kapitalmasse jenseits dieser Grenze liegt - und das sind etwa 10 bis 12 % der Haushalte - gehören zu den Gewinnern und werden also ohne Mühe immer reicher.

Hier wird nun nicht für eine marxistische Sozialismuskritik argumentiert, sondern für die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Es ist auch nicht so, daß diejenigen böse sind, die Geld gegen Zinsen verleihen, genausowenig wie diejenigen, die Subventionen oder die Sozialversicherungen nutzen, sondern unverantwortlich handeln jene, die aus theoretischer Rechthaberei oder aus einem Machtstreben heraus untaugliche Instrumente und Strukturen im sozialökonomischen Bereich stützen und bessere Lösungen verhindern.

Es ist meines Erachtens eine viel zu wenig beachtete Tatsache, daß herrschende, entthronte und auch untaugliche Theorien laufend Bewußtseinspaltungen im rechtlich-ethischen Bereich der Menschen hervorrufen. Z.B.: Weil die die Realität prägenden Theorien keine sanften und ehrlichen Konfliktlösungsstrategien bei der Ausbalancierung der zum Teil gegensätzlichen Interessen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern entwickelt haben, dürfen Streik und Aussperrung nicht mehr als das bezeichnet werden, was sie sind, nämlich Erpressung, Nötigung und Vertragsbruch, Instrumente des kalten Bürgerkrieges.

Eine Ökonomie, die Ehrlichkeit bei der Ausfüllung von Arbeitslosenhilfesanträgen ect. oder bei der Abgabe von Steuererklärungen zu einer Narretei degradiert, ist unmoralisch und gemeinschaftszerstörend.

Eine Ökonomie, die Wirtschaftsbürgern keine Wahlmöglichkeit bei der Erwerbsarbeit und die es zum Glücksfall werden läßt, ob der Erwerbstätige seine Arbeit in Übereinstimmung mit seinen Wertvorstellungen leisten kann, die zudem einem Teil der Bürger keine Erwerbsmöglichkeit gibt, diese z.T. sogar zu Bettlern macht (Der Status und die materielle Ausstattung von Sozialhilfeemp-

fängern ist nicht wesentlich besser.), ist demütigend, entmündigend einfach verfassungswidrig.

Sicher ist es falsch, alle Schuld an den desolaten Zuständen des Bereiches unserer Gesellschaft, den wir Wirtschaft nennen, den Ökonomietheoretikern zuzuweisen, zumal nicht auszumachen ist, ob die Verwirrung in der Ökonomie durch Erkenntnismangel oder auf gezielte Desinformation beruht. Die Ökonomen haben sich aber zu ihrem Teil an der Gesamtschuld zu bekennen, wenn sie sich als erwachsene Menschen, als sittliche Wesen verstehen.

Prof. Johan Galtung hat aufgezeigt, wie die Ökonomen mit Hilfe der Philosophie und der Beschäftigung mit anderen Kulturen die notwendige Distanz zur eigenen Wissenschaft bekommen können, und wie man sich davor bewahrt, Alibitheorien für die Ansprüche der Mächtigen und die politischen Fehlleistungen von Demokraten zu produzieren.

Ich habe Frau Sigrid Matern-Rehm nach ihrem Referat gefragt, ob die Fähigkeit zum Wandel der Wirtschaftswissenschaft einem Wunschdenken entspricht. Wenn nicht: Was muß geschehen, damit der Wandel eintritt und von Dauer ist.

Sicher hilft es dem Ökonomen weiter, wenn sie der Empfehlung Poppers folgen und nicht mehr ihre eigenen Theorien verteidigen, sondern sie selber angreifen.

Ich habe gefragt, wie wir es schaffen, die Demut des Wirtschaftswissenschaftlers zu belohnen, denn sie scheint mir eine bessere Voraussetzung für die Qualität ihrer Arbeit zu sein als die Eitelkeit und der Hochmut.

Sicher können Ökonomen bei der Entwicklung von Methoden, die die Fallstricke im Erkenntnisprozeß besser erkennbar machen, mitwirken. Auch könnten es Ökonomen zur Ehrensache erklären, daß die Voraussetzung für den Zugang zur Lehre und Forschung eine vielseitige Praxiserfahrung ist, und daß die Verbindung zur praktischen Ökonomie später nicht total unterbrochen wird.

Nur den Beamtenstatus - als Möglichkeit völlig am Bedarf der Studenten und der Bürger außerhalb der Hochschulen vorbeizuproduzieren - wird man ihnen von außen nehmen müssen, denn ein freiwilliger Verzicht wäre wohl eine menschliche Überforderung.

OXOXOXOXOXOXOXOXO